

Antrag Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	Datum: 12.07.2016
Andreas Engelmann für den Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung: Alternative Wohnprojekte	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
26.07.2016	Bau- und Planungsausschuss
01.09.2016	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
07.09.2016	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag: - zurückgezogen am 07.10.2016!

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis September 2017 einen Alternativstandort für ein Projekt, wie im Antrag 2016/AN/1719 – Nachnutzung des ehemaligen SBZ „Zum Lebensbaum 16“ in Toitenwinkel - beschrieben, zu finden.
2. Sind geeignete Objekte gefunden, sind sie städtebaulich für alternatives Wohnen zu sichern. Für die Standorte sind Projektträger zu gewinnen oder die Objekte sind für alternative Wohnprojekte auszuschreiben.
3. Ein Zwischenbericht ist dem Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung im Februar 2017 zu erstatten.

Sachverhalt:

Der Antrag 2016/AN/1719 wurde von der Bürgerschaft abgelehnt. Die Mitglieder der Bürgerschaft sind jedoch bestrebt solche Wohnprojekte zu fördern. Mit dem Antrag sollen Möglichkeiten zur Umsetzung solcher Vorhaben prinzipiell ermöglicht werden. Die Stadt kann durch Angebote von geeigneten Objekten und Flächen das soziale Leben vielschichtiger gestalten und gleichzeitig das Angebot für bezahlbares Wohnen erhöhen. Wenn geeignete Objekte gefunden worden sind, sollen diese in Abstimmung mit geeigneten Projektträgern, wie dem Verein „Soziales Rostock e.V.“ gesichert werden. Dabei soll verhindert werden, dass diese Objekte abgerissen oder verkauft werden. Ein Verzicht auf eine Ausschreibung ist bei besonderem Interesse eines Trägervereins möglich. Eine Ausschreibung ist dann notwendig, wenn kein geeigneter Träger gefunden worden ist. Dabei soll sich die Suche nicht nur auf den Verein „Soziales Rostock e.V.“ beschränken. Die Zwischenberichterstattung soll eine intensive Begleitung des Prozesses durch die Bürgerschaft absichern.

gez.
Andreas Engelmann

